



Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.

Anzeigen die viergespaltene
Zeile zu 20 Pf.

Das Abonnement nach Uebereinkunft.
Arbeitsvermittlung frei.

Abonnement vierteljährlich
75 Pf., bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2174.
Redaktion und Expedition:
Berlin S.W.,
Alexandrinensstraße 113, II.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Duncker).

Nr. 5.

Berlin, den 4. Februar 1898.

IX. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Bahlke, Berlin S.W., Alexandrinens-Straße 113, Geldsendungen an F. Liebau, Berlin S.W., Alexandrinens-Straße 113 zu adressieren.

Das Koalitionsgesetz im Reichstage.

Die in den Kaisererlassen vom 4. Februar 1890 niedergelegten Forderungen sind noch keineswegs zur vollen Durchführung gelangt, so daß die Fortführung dieser sozialpolitischen Reform eine in den Geboten der Staatswohlfaht und der Humanität begründete Nothwendigkeit ist. Es sind daher auch bei der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern von der Centrumspartei zwei Anträge eingebracht worden, die schon am 22. Januar durch den Reichstag ihre Annahme fanden und zwar:

„Der Reichstag möge den Reichskanzler ersuchen: 1. bis zur nächsten Session dem Reichstage eine Zusammenstellung der auf Grund des § 105 a der Gewerbeordnung (Ausnahmen von der Sonntagsruhe) für Betriebe mit Wind und unregelmäßiger Wasserkraft getroffenen Verfügungen und Entscheidungen vorzulegen; 2. eine eingehendere Berichterstattung über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken, Umfang, Gründe und Gefahren der Beschäftigung, Möglichkeit, Zweckmäßigkeit und Wege der Beschränkung u. s. w., in den nächsten Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu veranlassen.“

In den § 120 a bis o der Gewerbeordnung sind die Vorschriften für Einrichtung und Betrieb der Fabriken und Werkstätten zum Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter in allgemeinen Grundfahen niedergelegt, die aber zu ihrer Verwirklichung spezieller Verordnungen noch in weitem Maße bedürfen, wie dies auch der Reichstag 1896 anerkannt hat, indem er fast einstimmig den Wunsch aussprach, die Durchführung jener Vorschriften „immer wirksamer“ zu gestalten

Auch die Regelung der Sonntagsruhe im Verkehrswesen, als auch die Ausdehnung des Arbeiterschutzes (§§ 135—139b) auf diejenigen Werkstätten, in denen elementare Kraft verwendet wird, wie dies im § 154 Abs. 3 der Gewerbeordnung vorgesehen ist, sind noch nicht in Kraft gesetzt. Ferner die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine, ihre Ausstattung mit Korporationsrechten, die als nothwendigen weiteren Ausbau des bestehenden, im § 152 der Gewerbeordnung garantierten Koalitionsrechtes zu bezeichnen sind.

Gegenüber diesem Programm nimmt sich die Erwiderung des Staatssekretärs des Innern trotz der verbindlich entgegenkommenden Form in ihren positiven Zusagen etwas dürftig aus. Er versprach zunächst eine Ergänzung der Nachweisungen derjenigen Verordnungen, die auf Grund des § 120 a der Gewerbeordnung erlassen sind, stellte ferner die Möglichkeit einer Sammlung der Vorschriften in Aussicht, die zu § 105 a ergangen sind, stimmte dem Wunsche nach Erhebungen über die Frauenarbeit zu und erklärte schließlich, daß die Untersuchungen über die Verhältnisse der Angestellten in Läden abgeschlossen und daraufhin den verbündeten Regierungen Vorschläge gemacht werden sollen. Des Weiteren betonte er nochmals, „daß es vorzugsweise Aufgabe der verbündeten Regierungen sein dürfte, die bestehenden sozialpolitischen Gesetze zu vertiefen und zu erweitern“ und daß erlassene Verordnungen „auch wirklich ausgeführt werden müssen“. Damit wird im Prinzip der Herr Staatssekretär selbstverständlich die Zustimmung aller Freunde der Sozialreform finden.

Während wir, so heißt es in einem Aufsatz der „Soz.-Prax.“, die fleißige und gewissenhafte Kleinarbeit sehr hoch schätzen, so kann uns das

doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß z. Bt. der energische und zielbewußte Fortschritt aufgegeben ist.

Gerade diese Thatsache aber, im Zusammenhange mit dem abfälligen Urtheil, das der Staatssekretär des Innern in der Reichstagsitzung vom 13. Dezember v. J. und seitdem öfter über die Arbeiterberufsvereine gefällt hat, giebt seinem Rundschreiben in Sachen der Ausschreitungen bei Streiks eine besondere Färbung. Es ist notorisch, daß die Arbeiterorganisationen nicht die gleichen Rechte haben wie die Vereinigungen von Mitgliedern anderer Berufsstände. Es ist ebenso bekannt, daß die Judikatur (Rechtssprechung) der höchsten Gerichtshöfe und die Verwaltungspraxis den Kreis der Befugnisse der Arbeiter noch mehr eingeengt haben. Andererseits sehen wir, wie die Verbände der Arbeitgeber und Unternehmer noch mehr erstarken und sich ausbreiten. Nun wird die Fortführung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung sifflirt und das Koalitionsrecht abschätzig beurtheilt. Dafür aber wird eine Umfrage bei den Regierungen eingeleitet, ob und wie den Ausschreitungen gegen Arbeitswillige zu steuern sei. Dieses Zusammentreffen gerade ist es, was dem Vorgehen seine besondere Bedeutung giebt, so daß es sich ganz wesentlich in seiner sozialpolitischen Hauptstellung von der Thätigkeit der verbündeten Regierungen im Jahre 1890 unterscheidet. Damals ein in großen und weiten Zügen entworfenes Programm der Sozialreform, dem gleichsam als Steuerung allzu raschen Fortschritts ein schärferer Schutz gegen Mißbrauch beigegeben war. Heute eine Epoche sozialreformlicher Windstille, aber Maßnahmen, die jedenfalls eher zu einer Beschränkung als zu einer Festigung bestehender Rechte führen.

Losgelöst aus dem Zusammenhange der Zeitverhältnisse und für sich betrachtet, liegt allerdings in der Enquete über Ausschreitungen gegen Arbeitswillige, die durch eine Streikstatistik ergänzt werden soll, kein Attentat gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Klagen über Exzesse sind in der That weit verbreitet, und wir glauben es dem Staatssekretär auf's Wort, daß Beschwerden genug in dieser Richtung eingelaufen sind. Eine solche Erhebung könnte auch eine reformfreundliche Regierung einleiten und es würde uns nicht Wunder nehmen, wenn ihr Ergebnis wäre, daß neben manchen sehr schlimmen Fällen auch Uebertreibungen im Schwange und daß namentlich die Arbeiterberufsvereine an den Ausschreitungen weniger theilhaftig sind als die losen, unorganisirten, turbulenten Massen. Aber auch hier macht der Ton die Musik! Der Ton des Rundschreibens, die Art der Fragestellung, die Erläuterungen des Staatssekretärs und die Zustimmung der Parteien, die einer Fortführung der Sozialreform entgegenstehen, legen doch die Vermuthung nahe, daß die Erhebung nur die Motive zu einer schon beschlossenen Maßnahme liefern soll. Es ist zwar den Regierungen der Einzelstaaten nicht vorgeschrieben, auf welchem Wege sie sich die Antworten auf die Fragen beschaffen sollen, aber man wird in der Annahme nicht fehl gehen, daß dabei mehr die Ankläger als die Beschuldigten gehört werden; hoffentlich werden wenigstens auch die Gutachten der Gewerberäthe eingeholt. Die einwandfreieste Methode wäre wohl gewesen, die Reichskommission für Arbeiterstatistik mit der Untersuchung zu betrauen; hier hätten Vertreter der Reichs- und Landesbehörden mit Reichstagsabgeordneten aller Parteien zusammen, der Vorwurf der Befangenheit würde von dieser Körperung abgelenkt werden. Auch darüber verlautet nichts, daß die Gleichheit

gewahrt und nun auch Erhebungen veranstaltet werden, die sich auf Verkürzungen des Arbeiterkoalitionsrechtes durch die Arbeitgeber beziehen . . .

Der Staatssekretär hat für die nächste Reichstagsession eine Novelle zur Gewerbeordnung angekündigt; muthmaßlich wird sie § 153 betreffen. Die Bestimmungen über das Koalitionsrecht und seinen Mißbrauch sind, wenn wir nicht irren, heute noch in derselben Gestalt in Kraft, wie sie 1869 nach dem Vorschlage des freikonservativen Abgeordneten und späteren Ministers Dr. Friedenthal angenommen worden sind. Gewiß wird Niemand die Koalitionsfreiheit als solche austilgen wollen, aber man kann auch den Begriff des Mißbrauchs so erweitern, daß jeder ernsthafte Gebrauch der Strafe verfällt. Ob die verbündeten Regierungen derartige Wege einschlagen, muß man abwarten; nach den Erklärungen im Reichstage würden sie schwerlich damit ans Ziel gelangen. Leider aber hat die Sozialdemokratie mit dem Rundschreiben eine neue und, wie wir fürchten, wirksame Waffe für ihre sonst um Zugmittel einigermaßen verlegene Agitation bekommen. Mit einer wahren Eier hat sie sich darauf gestürzt; eine sprudelnde Fluth wilder Angriffe und persönlicher Bemerkungen haben ihre Vertreter entfesselt und den Anlaß benutzt, um als einzige Wächter der Arbeiterrechte zu gelten.

Der Staatssekretär hat am 21. dieses Monats in einem feurigen Appell die bürgerlichen Parteien aufgefordert, Schulter an Schulter der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Er hat dabei auch nachdrücklich betont, daß der Kampf nur dadurch beendet werde, wenn die bürgerlichen Parteien „durch Wort und That sich die Achtung der arbeitenden Klasse erwerben“, und die religiösen Mächte „ihre verfühnende und heilende Thätigkeit im bürgerlichen und wirtschaftlichen Leben erfolgreich zu üben“ vermögen. Das sind schöne Worte! Aber gerade solche Anschauungen bestärken uns in der Ueberzeugung, daß man nicht Mittel wählen soll, die die Arbeitermassen immer fester ins Joch der Sozialdemokratie treiben, sondern die sie von ihr trennen. Dazu aber gehört vor Allem die gerechte und vernünftige Gewährung der Bewegungsfreiheit für Arbeiterberufsvereine und ihre Ausstattung mit Korporationsrechten. Das würde den Arbeitern zu Gute kommen, nicht den Sozialdemokraten, die heute noch nicht identisch sind. „Die wirkliche Sozialdemokratie ist außerordentlich klein, sagte Herr v. Kottenburg am 25. September 1897 in Köln auf dem sozialpolitischen Kongreß, groß ist nur das Gefolge der Unzufriedenen, die garricht daran denken, auf das sozialdemokratische Dogma zu schwören. Sie sind unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen, und nur aus diesem Grunde leisten sie den Sozialdemokraten Gefolgschaft. Diese Zahl der Unzufriedenen würde sich außerordentlich mehren, wenn ein Rechtszustand aufrecht erhalten würde, der dem Rechtsbewußtsein unseres Volkes nicht entspricht.“

Rundschau.

In einer am 23. Januar in Betschau abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Arbeiter der A. Lehnick'schen Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Mt.-Gesellsch., in welcher die Herren Verbandskassierer R. Klein-Berlin und H. Ahrens vom Holzarbeiterverband über Zweck und Nutzen der Organisation, wie über die Lohndifferenzen in vorgenannter Fabrik referirten, kamen wesentlich neue Momente gegenüber des in Nr. 4 der „Eiche“ enthaltenen Berichtes nicht zur Sprache, nur daß eine einstimmig angenommene Resolution, welche zur Abstellung der vielfachen Mißstände mahnt, der Direktion zur Zustimmung unterbreitet werden soll, um anderentheils eine Arbeitseinstellung möglichst zu vermeiden, die nicht im Interesse der Arbeiter, noch viel weniger im Interesse der Einwohnerschaft Betschaws liegen kann!

Unser englischer Correspondent schreibt: Der große Kampf hat seinen Abschluß gefunden! Die in voriger Nummer angedeutete Milderung der schroffen Unternehmerbedingungen hat thatsächlich stattgefunden, und die so annehmbar gemachten Bedingungen sind durch Generalabstimmung der Gewerkevereinsmitglieder genehmigt worden. Allerdings haben nur $\frac{2}{3}$ der Abstimmenden für Annahme gestimmt, doch genügt dies, und durch Mr. Barnes sind die Ausständigen zur Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, den 31. Januar, aufgefordert worden. Daß Mr. Barnes den Aufruf unterzeichnete, zeigt deutlich, daß von einer Niederlegung des Sekretariats durch diesen Herrn keine Rede ist. Einige deutsche Blätter glaubten Mr. Barnes bereits zu den Toten legen zu sollen. — Ob alle Mitglieder der Vorchrift zur Arbeitsaufnahme Folge leisten werden, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist vorläufig kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln. Die Einstellung kann jedoch nicht auf einmal erfolgen, da natürlich viele Stellen durch Streikbrecher besetzt sind, denen gegenüber die Unternehmer sich verpflichten mußten. Natürlich liegt es im Interesse der Unternehmer, jene Leute, die nur als Nothbehelf angestellt waren und mangelhafte Leistungen lieferten, baldigst loszuwerden und durch die erprobten Gewerkevereiner zu ersetzen. Das Resultat des Kampfes ist für beide Theile gleich günstig oder ungünstig, wie man es nehmen will. Die Arbeiter haben den Achtstundentag nicht durchgesetzt, die Unternehmer haben die Absicht der „Zerschmetterung“ der Trade-Union aufgeben müssen, und damit wird wohl der Kampf gegen diese mächtigen Verbände für alle Zeit erledigt sein. Daß den Maschinenbauern die Vertheidigung ihrer Rechte gelungen ist, verdanken sie vor allen Dingen auch der Unterstützung vom Kontinent.

Aus den Ortsvereinen.

Siberach. Am Sonntag, den 16. Januar, hielt der Ortsverein der Tischler und verw. Berufsgenossen seine Monatsversammlung ab, in welcher als 4. Punkt der Tagesordnung, der Generalratsantrag, die Unterstützung der englischen Maschinenbauer betreffend, verhandelt wurde. Derselbe wurde nach einigen, die Nothwendigkeit der Sache begründenden Worten des Vorsitzenden mit 25 gegen 1 Stimme angenommen.

Im letzten Punkt der Tagesordnung, betreffend Wünsche und Anträge der Mitglieder, berichtet Mitglied Schnitter, Tischler, über sein Arbeitsverhältniß in der Bauer'schen Möbelfabrik hiersebst. Er theilte mit, daß dieser Fabrikant es an der Gewohnheit habe, Arbeiter aus anderen hiesigen Geschäften brieflich mit allen möglichen Versprechungen zu sich zu locken, um dieselben dann, wenn das Geschäft etwas flauer geht, auf die eine oder andere Art zu schikaniren, wie es auch ihm ergangen. Im Anfang dieses Winters erhielt er mit noch einem Kollegen Lohnabzug in der Höhe von täglich 20 Pfg., was für einen Familienvater sehr empfindlich sei. Fabrikant Bauer entgegnete, daß er billigere Arbeiter genug haben könne, wie sich ihm der Arbeiter Rudi aus der Möbelfabrik von Th. Berger in Ulm schon drei mal angeboten habe, der für 30 bis 40 Pfg. täglich billiger arbeiten würde. Ferner habe er (Schnitter) durch eine Person im Geschäft erfahren, daß Bauer ihn nur in der 2. Klasse der Ortskrankenkasse bis im Januar 1898 versichert habe, während ihm derselbe schon 68 Wochen die Beiträge für die 1. Klasse in Abzug brachte, da er doch über 3 Mk. täglich verdiene und demgemäß auch in der 1. Klasse hätte angemeldet werden müssen. Nachdem er nun wegen dieser Unregelmäßigkeit bei dem Fabrikanten vorstellig wurde, gelang es ihm nach vielem Hin- und Herstreiten zuletzt durch gewerbeschiedsgerichtliche Einigung, das von seinem Prinzipal zu viel abgezogene Krankengeld von 10 Mk. 20 Pfg. wieder zurück zu erhalten. Für dieses sein gutes Recht vertretendes Vorgehen (Herr Bauer wäre ja für das Einbehalten des höheren Krankentassenbeitrages, sowie für die zu niedrige Krankenversicherung mit Recht strafbar) wurde ihm nun das Arbeitsverhältniß gekündigt, mit dem Bemerkten des Prinzipals, daß er auf ungerechte Weise (!) trozig gegen ihn operirt habe. Ferner sei noch bemerkt, daß Kollege Schnitter, als er Lohnkürzung erhielt, den Fabrikanten fragte, warum denn gerade ihm, einem verheiratheten Manne, der Lohn gekürzt werde und nicht auch den Ledigen, zur Antwort erhielt, die Möbel kosten viel Fracht und Zoll, auch braucht er viel Geld zu Landschaftsbesuchen, er (Bauer) halte seinen Lohnabzug für ganz gerecht. Auf diese und ähnliche Weise geht es den Arbeitern, wenn sie thatsächlich weiter nichts als ihr gutes Recht beanspruchen. Georg Wiederkehr, Sekretär.

Mülheim a. d. Ruhr. In der am Sonntag, den 16. Januar Nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokale des Herrn König (früher Loh) abgehaltenen außerordentlichen Versammlung der Tischler waren die Gewerkevereinsgenossen zahlreich vertreten, u. A. die Herren Holzappel, Molitor, wie verschiedene Mitglieder vom Ortsverein der Maschinenbauer zu Essen. Da vor wenigen Wochen mehrere Tischler zu erkennen gaben sich einer Organisation anzuschließen, hatten wir diese Versammlung zu welcher diese Herrn nun eingeladen wurden, einberufen. Der Verbandsvorsitzende Herr Baumann von hier, welcher dieselbe leitete, ertheilte Genossen Holzappel-Essen das Wort zu dem Thema: Welcher Organisation schließt sich der Arbeiter am besten an. In $\frac{3}{4}$ stündiger Rede erläuterte Redner das ausgiebige Thema und kam zu dem Schluß, sich den Deutschen Gewerkevereinen als zeitgemäße Organisation anzuschließen. Reicher Beifall lohnte den Redner, dem der Vorsitzende noch im besonderen Dank seinen Ausdruck gab. Im Weiteren ermunterte Redner die anwesenden Gäste zum Eintritt im hiesigen Ortsverein der Tischler, indem er an der Hand der Statuten und vorhandenen Thatsachen nachwies, wie wirksam für den geringen Beitrag von 10 Pfg. per Woche die Einrichtungen des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) sich erwiesen haben. Durch zahlreicheren Beitritt wird auch das Organ des Gewerkevereins „Die Eiche“, ihre Nester unter die Berufskollegen Mülheim's mehr und mehr ausbreiten können zu deren eigenem Wohle. Auch Genosse Molitor beleuchtete in längerer Ausführung, wie neben der Pflege der humanen und gewerblichen Bildung auch die der Geselligkeit nicht außer Acht gelassen wird, so daß in den Deutschen Gewerkevereinen noch besser auch für die Familie gesorgt, als dies in den vielen Vergnügungsvereinen, denen leider ein zu großer Theil der Berufskollegen in hiesiger Gegend noch anhängt, zu finden ist. Mit der Mahnung, sich unverzüglich, und zwar in den Deutschen Gewerkevereinen, zu organisiren, ehe es zu spät ist, schloß Redner seine, mit großem Beifall aufgenommen, recht zu Herzen gehenden Worte. Der Erfolg aller Ausführungen kennzeichnete sich durch Beitritt von sieben Berufskollegen, deren, wie versichert wurde, sehr bald noch viele Kollegen folgen werden. Mit einem Hoch auf den Gewerkeverein der Deutschen Tischler (Schreiner) etc. schloß dann der Vorsitzende, Gen. Baumann die gut verlaufene, erfolgreiche Versammlung. Den Genossen Holzappel, Molitor, Baumann wie den anderen Kollegen, die uns in unseren Bemühungen so genossenschaftlich unterstützen, sei noch an dieser Stelle der beste Dank gezollt. H. Schildberg, Sekretär.

Bredow a. O. Am 22. Januar hielt der Ortsverein der Tischler hiersebst seine erste Versammlung in diesem Jahre ab. Der Vorsitzende, Kol. Meyer begrüßte die leider nicht zahlreich erschienenen Mitglieder mit einer herzlichen Ansprache zum neuen Jahre und ersuchte dieselben auch ferner treu und unentwegt für die Gewerkevereinsache einzutreten. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, die nur kurze Zeit in Anspruch nahmen, wurde zur Verhandlung der vorliegenden Anträge geschritten, deren erster der Antrag des Generalrates ist, betreffend Allgemeine Mitglieder-Abstimmung, behufs Einführung eines besonderen Beitrages von 5 Pfg. die Woche für 10 Wochen zur Unterstützung der englischen Gewerkevereinsgenossen. Alle Redner traten für den Antrag ein, der dann auch einstimmig Annahme fand. Ein Antrag des Ausschusses, den im November v. J. gefaßten Beschluß, einen freiwilligen Beitrag von 5 Pfennig pro Woche und Mitglied in unserem Ortsverein zu erheben, nun als erledigt zu erachten, wurde angenommen, indem diese Beisteuer ja jetzt an den Gewerkeverein zu zahlen ist. Ein Antrag Scherbarth, „In der ersten Versammlung jeden Jahres die im vergangenen Jahre ein- und ausgetretenen Mitglieder zu verlesen“, wurde mit dem Zusatzantrag Dietow „diesen Wechsel allmonatlich bekannt zu geben“, angenommen. Zu einer regen

Debatte gab der weitere Ausschußantrag: „Beim Generalrath zu beantragen, dem Verein die Kosten eines neuen größeren Sekretärschranke zu bewilligen.“ Veranlassung. Nachdem seitens des Ausschusses die genügende Begründung gegeben war, erfolgte dessen Annahme gegen 1 Stimme. Einstimmig wurde der Ausschuß ferner ermächtigt, 4 Bände „Gewerkverein“ und „Eiche“ (letztere sind in der Expedition gebunden vorhanden, s. Inserat! D. Red.) fürs Archiv einbinden zu lassen, sowie eine Annonce, welche unsern Mitgliedern Eintrittskarten für eine ethnographische Ausstellung zum halben Preis offerirte, auf dem Bildungsfond zu übernehmen. Eine zeitweise mit großer Erregung geführte Debatte veranlaßte der Ausschußantrag: „Die Stettiner Morgen- und Abendzeitung nicht ferner als Insertionsorgan zu benutzen, sondern an deren Stelle den Stettiner General-Anzeiger. Wenn- gleich betont wurde, daß die Stett. Abendztg. in früherer Zeit wohl sehr für unsere Organisation eingetreten, so wurde andererseits aber auch nach- gewiesen, daß sich z. Bt. die Verhältnisse derselben so verändert, daß unsere Genossen auf dieselbe nicht mehr abonniren, sondern nur auf den Stettiner General-Anzeiger. Die Abstimmung ergab denn auch eine Mehrheit für den Antrag des Ausschusses. Somit ist der Stettiner General-Anzeiger fernerhin Publikations-Organ am hiesigen Orte. Bei den alsdann zur Verhandlung stehenden Ortsverbands-Angelegenheiten wies der Vorsitzende auf die im Ortsverbände bestehende Familien-Arztkasse hin, welche den Mit- gliedern gegen einen Beitrag von 50 Pfennig monatlich für sich und ihre Familie freien Arzt gewähre. Mehrere Vereinsgenossen wiesen nach, wie diese Kasse, welche nur als tüchtig anerkannte Ärzte verpflichtet habe, höchst segensreich für die Familien sei, ja der ganze Beitrag für Gewerkverein, Zu- schuß- und Familien-Arztkasse können von dem bestritten werden, was eventl. an zu zahlenden Arzt-Honorars gespart werden kann. Es sei somit der Beitritt zu dieser Kasse nur dringend zu empfehlen. Ferner wies der Vor- sitzende auf die Beerdigungs-Musikkasse hin, welche den Mitgliedern gegen Zahlung von 50 Pfennig jährlich im Sterbefalle Musik und Begleitung mit der Ortsverbandsfahne gewährt. Jedoch erhalten die Hinterbliebenen bei nachgewiesener Bedürftigkeit statt vorstehender Leistungen 20 Mk. baar ausbezahlt. Diese Einrichtung gilt vor allem als ein Zeichen der Gemein- samkeit, wie der Ortsverband seine verstorbenen Mitglieder ehrt. Im An- schluß an vorstehendem Bericht ersucht der Unterzeichnete die lässigen Ver- sammlungsbesucher hierdurch ganz besonders, mehr in den Versammlungen zu erscheinen. Es ergab in letzter Versammlung die Durchsicht der Präsenz- liste die geradezu beschämende Thatsache, daß 20 Mitglieder im vergangenen Jahre alle Versammlungen geschwänzt haben, das heißt also, daß dieselben es nicht der Mühe werth hielten, auch nur einer Versammlung beizu- wohnen. Wo soll denn da bei den geschäftsführenden Beamten die noth- wendige Schaffensfreudigkeit herkommen, wenn sie sehen, wie wenig Interesse ein großer Bruchtheil der Mitglieder dem Verein entgegen bringt. Also auch hierin muß es anders und besser werden! Th. Dietow, Sekretär.

Protokoll der Kommission der vereinigten Ortsvereine der Tischler zu Berlin. Verhandelt am 7. Januar, Breslauerstr. 23. — Der Vorsitzende Herr Günther eröffnet die Sitzung um 9 Uhr Abends. An- wesend sind die ausscheidenden, sowie die neugewählten Kommissionsmitglieder. Die diesjährige Kommission setzt sich zusammen aus folgenden Vertretern: Erster Ortsverein: Herr Roziol, Ortsverein Königsstadt: Herr Siebscher, Ortsverein Moabit: Herr Pohle, Ortsverein West: Herr Ulrich, Orts- verein Nord: Herr Mühle und Ortsverein VI (Pianofortearbeiter): Herr Hufnagel. Zur Tagesordnung steht: 1. Erledigung vorjähriger Geschäfte. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Der Kassirer verliest den Vierteljahrsbericht pro IV. Vierteljahr 1897; darnach betragen die Ein- nahmen 43,77 Mk., die Ausgaben 42,92 Mk., es verbleibt somit ein Kassen- bestand von 0,85 Mk. Einwendungen zu diesem Abschluß werden nicht erhoben, nachdem der Revisor denselben für richtig erklärte. Herr Siebscher verliest sodann einen ihm zugegangenen Brief des Mitgliedes Gericke aus dem Ortsverein West, Rechtsschutz betreffend. Aus demselben ging hervor, daß das betreffende Mitglied vom Bureau an die Vorortskommission ge- wiesen war, welche ihm den Rechtsschutz zu bewilligen habe. Nach längerer Debatte, an welcher sich auch Mitglied Gericke theilnimmt, wurde beschlossen, beim Bureau zu beantragen, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Generalrathssitzung zu setzen, um eine Aussprache mit dem General- rath herbeizuführen, da die Kommission der Ansicht ist, daß Rechtsschutz- angelegenheiten nicht zu ihren Obliegenheiten gehören. Der Schriftführer verliest darauf ein ihm vom Bureau zugegangenes Schreiben, sowie zwei Beilagen. Letztere betreffen Beschwerden des Ersten Ortsvereins über den Zentral-Arbeitsnachweis. Die Kommission beschloß, daß die Vertreter auf der Generalversammlung des Zentral-Arbeitsnachweises diese Beschwerden zur Sprache bringen. Es folgt hierauf die Wahl des Vorstandes. Als Vorsitzender wurde Herr Ulrich gewählt, welcher die Leitung der Geschäfte übernimmt; als Schriftführer wurde Herr Mühle, als Kassirer Herr Siebscher und als Revisor Herr Roziol gewählt. Der Kassirer giebt sodann bekannt, daß ihm von Seiten des Herrn Rechtsanwalt Sonnenfeld eine Liquidation im Betrage von 12,20 Mk. zugegangen sei. Da der Kassenbestand hierfür nicht ausreicht, wird Rücksprache mit dem Generalrath beschlossen. Die Herren Sekretäre werden aber auch zugleich ersucht, auf den Abschnitt der Konsultationscheine den Vereinsstempel zu drücken. Im ferneren wurde beschlossen, der Generalversammlung des Zentral-Arbeits- nachweises zu empfehlen, Herrn Siebscher als Vertreter der Tischler in den Vorstand desselben zu wählen. Nach Erledigung noch einiger geschäft- licher Sachen trat Schluß der Sitzung 12 Uhr Nachts ein. Nächste Sitzung am 4. Februar Köpenstr. 65.

G. Mühle, Schriftführer, Rügenstr. 11.

Berlin. Der Königl. Ortsverein der Tischler und verw. Berufs- genossen, besucht am 13. Februar Vormittags 9 Uhr die „Urania“ in der Taubensstr. 48/49. Unsere Brudervereine Berlins und Umgegend sowie

Freunde und Bekannte sind zu einer Theilnahme hiermit freundlichst einge- laden. Billets zum Preise von 60 Pf. pro Person sind von unseren Kassirer C. Schwantes Friedenstr. 51 vorn III zu beziehen.

G. Sperling, Sekretär.

Berlin VI. Der Ortsverein der Pianofortearbeiter ladet zu seinem am 19. Februar Abends 9 Uhr, im großen Saal des Luisen-Theaters, Reichenbergerstr. 34 stattfindenden Maskenball die Mitglieder mit ihren Familien, auch der Brudervereine wie Verbandsgenossen zu zahlreicher Theilnahme freundlichst ein. Eintrittskarten à 50 Pf. sind bei den Herren B. Bamberg, Wienerstraße 20, H. L. III, Friedrich, Forsterstraße 3 sowie dem Unterzeichneten zu haben.

A. Kaufmann, Sekretär, Wienerstr. 67, IV.

Charlottenburg. Der Ortsverein der Tischler begeht am 19. Februar Abends 8 1/2 Uhr die Feier seines vierjährigen Bestehens in der „Kaiser Friedrich Loge“, Kaiser Friedrichstr. 87 und bittet die Mitglieder mit ihren Familien, wie die Verbandsgenossen von Nah und Fern um zahlreiche Theilnahme. Eintrittskarten (Herr 50 Pf., Dame 25 Pf.) verabsolgen die Herren Prüger, Berlinerstr. 131, Winkel, Spandauerstr. 3, Fiedler, Schillerstr. 97 und der Unterzeichnete

H. Fritsch, Sekretär, Krummestr. 33.

Niedorf. Der Ortsverein der Deutschen Tischler und verw. Be- rufsgenossen hier selbst hat zum 19. Februar Abends 9 Uhr im „Deut- schen Wirthshaus“, Bergstr. 137, einen Wiener Maskenball eingerichtet. Eintrittskarten à 50 Pf. sind beim Kassirer D. Rüttner, Thomastr. 10, II zu entnehmen. Um recht zahlreiche Theilnahme, auch der Verbandsgenossen, ersucht

Der Ausschuß.

Ausbach. Der Ortsverein der Böttner hier selbst ladet zu seinem am 12. Februar Abends 8 Uhr im Restaurant „Livoli“, stattfindenden Balle die Mitglieder mit ihren Familien, sowie Freunde und Bekannte zu zahlreicher Theilnahme höflichst ein. Einlaßkarten sind bei den Ausschuß- mitgliedern zu haben.

F. Krimmer, Sekretär, A. 64.

Berlin. Der Erste Ortsverein der Tischler und verwandten Be- rufsgenossen hat zu Sonnabend, den 26. Februar, Abends 9 Uhr im „Reßpalast“, Alexandrinenstr. 110, seinen diesjährigen Maskenball ein- gerichtet, zu welchem Freunde und Genossen hiermit freundlichst eingeladen sind. Billets à Person 50 Pf. sind bei den Herren Roziol, Mariannen- platz 10, Herbst, Reichenbergerstr. 140, und Fröhcke, Wienerstr. 14b, sowie bei sämtlichen Ausschußmitgliedern zu haben.

A. Fröhcke, Sekretär.

Briefkasten.

N. N. in Betschau. Durch den unter „Rundschau“ veröffent- lichten Auszug des eingelangten Berichtes dürfte dem gehegten Wunsche der Veröffentlichung genügt sein. — **N. R. in Danzig.** Kann erst in nächster Nummer verwandt werden! — **N. R. in Osterode.** Das Eingekamte ist von zu geringem allgemeinen Interesse, daher zurückgestellt.

127. Bureauaufzng.

Verhandelt Berlin, den 31. Januar 1898, Vormittags 10 1/4 Uhr.

1. Es wird hierdurch sämtlichen Mitgliedern des Gewerk- vereins, sowie den Ausschüssen der Ortsvereine, mit Bezug- nahme auf das Abstimmungsresultat der allgemeinen Mit- gliederabstimmung, siehe Bekanntmachung in der „Eiche“ Nr. 4, bekannt gegeben: daß von jedem Mitgliede vorläufig für die ersten 10 Wochen dieses Jahres à Woche 5 Pf. Extrasteuer ein- zufordern sind; es wird außer der moralischen Verpflichtung der Mitglieder, auf den § 7 unter 2), sowie hinsichtlich der Folgen einer Weigerung auf den § 6 unter 2) des Gewerk- vereinsstatuts hingewiesen.

Die Herren Kassirer werden zur Einforderung dieser Extrasteuer angewiesen, die Zahlung dieser Extrasteuer im Quittungsbuch der Mitglieder dadurch kenntlich zu machen, daß sie das Zahlungsquadrat mit demselben Stempel einmal wage- recht und einmal senkrecht versehen, also kreuzweise abzustempeln; die Einsendung der gezahlten Extrasteuern an den Schatzmeister hat monatlich in den ersten 10 Tagen des Monats unter der Angabe „gezahlte Extrasteuer“ zu erfolgen; in dem Beitrags- verzeichniß sind die bezahlten Extrasteuern durch einen Ver- merk in der betreffenden Zahlungsrubrik zu kennzeichnen; es wird erwartet, daß die Kassirer für diese kleine außergewöhn- liche Mühe auf die ihnen davon zustehenden Prozente ver- zichten werden, damit der volle Betrag der Unterstützung zur Absendung gelangen kann.

Den zur Zeit arbeitslosen Mitgliedern ist auch diese Extra- steuer ohne Zahlung derselben abzustempeln und dieser Betrag aus der Ortsvereinskasse zu begleichen und in Ausgabe zu stellen.

2. Gera. Davon, daß in der dortigen Verwaltungsstelle eine Bücher- und Kassenrevision, bei welcher kein Einwand erhoben, stattgefunden hat, ist Kenntniß genommen, unverständlich in dem Berichte ist es jedoch, daß, trotzdem 3 Beamte der Behörde beim Kassirer zur Revision erschienen waren, dennoch die Bücher und Gelder nach dem Rathhause eingefordert werden; über diesen Punkt wird um nähere Auskunft ersucht. Hinsichtlich der Versammlungen muß es Pflicht des Ausschusses bleiben, unausgesetzt geeignete Schritte zu deren lebhafteren Besuch zu thun, aber ebenso ist es auch Pflicht der Mitglieder, dieses Streben durch regelmäßige Btheiligung zu unterstützen.

3. Bredow. Der Antrag zur Beschaffung größerer Spinden für den Sekretär und Kassierer kann einstweilen dadurch Erledigung finden, daß unbrauchbare oder nicht mehr zur Verwendung gelangende Papiere zc. aus denselben entfernt werden, ferner die alten, nicht mehr im Gebrauch befindlichen Bücher des Kassierers dem Bureau des Gewerksvereins in 5 Ko.-Post-Packeten eingeschickt werden.

4. Weinheim. Dem wegen Beitragsreste gestrichenen Mitgliede Fabian zur Kenntniß, daß der Kassierer nicht verpflichtet ist, die Beiträge von den Mitgliedern abzuholen, sondern die Mitglieder haben dieselben ohne Aufforderung dem Kassierer zu bringen.

5. Festenberg. Nach § 2 des Rechtsschutzreglements ist es Sache des Ausschusses über das Gesuch des Mitgliedes B. Nr. 11570 Eisner zu entscheiden, da das Klageobjekt unter 50 Mk. beträgt.

6. Das Hilfsfondsgeſuch des Mitgliedes Wilba (Danzig) wird dem Generalkath überwiesen.

7. Desgleichen ein Schreiben des Generalsekretärs Herrn Herzog aus Potsdam.

8. Görlitz (Goldarbeiter). Dem Mitgliede Bruno Lehmann sind 30 Mk. aus der Generalkassette für ihm betroffene außerordentliche Nothlage bewilligt.

9. Elberfeld. Der Antrag, die Wahl der Verbandsstagsabgeordneten durch Mitgliederabstimmung vorzunehmen, wird zurückgewiesen, weil es Sache der Generalversammlungen (Delegirtenstage) ist, diese Wahlen vorzunehmen (§ 32 al. 8 des Gewerks.-Statuts).

10. Berlin. Herr Heinz Krüger, wohnhaft Ramphausenſte. 21 in Berlin, erbietet sich zu Vorträgen über „die Zusammentragung des nöthigen Kapitals zur Ausstattung der Kinder der Mitglieder“. Sprechstunden Sonntags bis 1 Uhr für die sich für diesen Gegenstand Interessirenden.

11. Nürnberg (Wiltner). Der eingeschickte Antrag wird dem Generalkath überwiesen.

12. Weiskau. Es ist auf Grund des Schreibens vom 27. 1., betreffend die dortige Lohnreduktion, die erforderliche Mittheilung Herrn Verbandskassierer Klein gemacht worden.

13. Leipzig (Ost). Das Schreiben des Mitgliedes Herrn Nieder wird dem Generalkath überwiesen; der Ausschuß wird aufgefordert, sofort die Wahl eines anderen Vorsitzenden vornehmen zu lassen.

14. Arbeitslosigkeitsunterstützung ist zu zahlen: dem Mitgliede Buch Nr. 3199 Reizel-Stolz vom 13. 1. (Beitragsabst. 3. W.); dem Kassierer zur Nachachtung, daß bei aus der Krankenkasse ausgesteuerten Mitgliedern der letzte Krankenschein den ärztlichen Vermerk, daß die Krankheit nach der Aussteuerung noch fortbesteht, tragen muß, wie dieses wiederholt in der „Eiche“ bekannt gegeben ist.

Buch Nr. 640 Heider-Breslau (Tischler) vom 24. 1. (Beitragsabst. 5. W.); 4519 Heine-Berlin (Erster) 29. 1., nur für 4 Wochen, (Beitragsabst. 5. W.); 2833 Reinsberger-Raumburg vom 1. 2. nur für 4 Wochen (Beitragsabst. 6. W.); 4268 Sabath und 428 Klar-Berlin (Königst.) vom 31. 1. (Beitragsabst. 6. W.); 4419 Weidemann-Niedorf 31. 1. (Beitragsabst. 6. W.); 3518 Zmeig-Nowawes 6. 2. 1898 (Beitragsabst. 7. W.).

15. Beitragsabstempelung ohne Arbeitslosigkeitsunterstützung 13848 Piotraschke-Lauenburg (6. W.).

16. In Arbeit: Mitglied Buch Nr. 9750 Wolter-Berlin (Erster) am 27. 1.; 11056 Walter-Leipzig-Bindenau vom 20. 1.; 11099 Ludwig-Neustadt a. d. S. vom 24. 1. 1898.

Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Das Bureau.

H. Bahlke,
Vorstandender.

F. Siebau,
Schatzmeister.

G. E. Wulff,
Generalsekretär.

Veranstaltungen.

Februar.

- Ansbach II (Wiltner). 5. Abds. 8 Uhr, Verf. im Gasth. „Zum goldenen Apfel“.
Rugsburg. 13. Vorm. 9¹/₂ Uhr, Verf. im Gasth. z. „Wiener Hof“, Carmelitenſtr.
Berlin (Erster). 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Adalbertſtr. 21. Geſch., Berichte, Verſch.
Berlin (Königst.). 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Roppenſtr. 65. Verſch., Beitrags, u. a.
Berlin (Moabit). 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Bredowſtr. 11. Geſch., Beitrags, Verſch.
Berlin (West). 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Kulmſtr. 10. Ede Göttenſtr. Beitrags.
Berlin (Nord). 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Brunnenſtr. 41. Geſch., Vereinsang.
Berlin VI. (Pianosortearb.) 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Draniensſtr. 133. Verſch.
Biberach. 6. Nachm. 2¹/₂ Uhr, Verf. im Gasth. „Zum Schwan“. Beitrags, u. a.
Bredow. 12. Abds. 8 Uhr, Verf. Wilhelmſtr. 71. Geſch., Beitrags, Verſch.
Breslau (Holzarb.) 5. Abds. 8 Uhr Verf. im „Grünen Bienen“ Nikolaiſtr. 68. Geſch., Verſch. — Beitragszahlung auch am 19. Februar daſelbſt.
Breslau (Tischler). 12. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Feigenbaum“, Nikolaiſtr. 65. Berichte, Geſch. — Beitragszahlung jeden Sonnabend daſelbſt.
Charlottenburg. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, b. Kühn, Schillerſtr. 26. Zahlabend.
Chemnitz. 14. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. in der „Reichskrone“, Reichſſtr. 73. Verſch.
Cottbus. 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. im Gasth. z. d. „Drei Kronen“, Berlinerplaz.
Danzig. 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Vorstädter Graben 9. Geſchäftl., Verſch.
Düsseldorf. 13. Vorm. 10¹/₂ Uhr, Verf. b. Roſenſtein, Steinſtr. 41. Verſch.
Duisburg. 6. Vorm. 11 Uhr, Verf. bei Pelker, Friedr. Wilhelmpl. Geſchäftl.
Eulau. 5. Abds. 8 Uhr, Verf. in „Weicherts Restaur.“. Beitrags, u. a.
Forst. 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Thumſtr. 13. Geſchäftl., Beitrags, Verſch.
Gera. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. b. Bachmann, Sorge 19. Beitrags, Verſch.
Gleiwitz. 5. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Jochemczyk, Kronprinzenſtr. 9. Beitrags.
Görlitz (Tischler). 9. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. in der „Pilgerschänke“, Heilige Grabſtr. Geſch., Beitrags, Verſch.
Hagen. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. b. Müllenberg, Wehringhauserſtr. 39. Geſch.
Halberstadt. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. (wo? d. Red.) Geſch., Beitrags.
Hirschberg. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. b. Weier, Mühlgrabenſtr. 23. Beitrags.
Jena. 12. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Kaffeehaus“. Geſchäftl., Vortrag.
Jnowrazlaw. 6. Nachm. 5 Uhr, Verf. b. Wittkowski, Friedrichſtr. 21/22.
Kaiserslautern. 5. Abds. 9 Uhr, Verf. i. d. „Babaria“, Mannheimerſtr. 57. Geſch.
Karlsruhe. 6. Vorm. 10 Uhr, Verf. im Gasth. „Zum Nußbaum“. Geſchäftl.

- Lausberg I. 12. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Labewig, Paradeplaz. Beitrags.
Langenbielau. 5. Abds. 8 Uhr, Verf. in „Schöns Gasth.“ Beitrags, Verſch.
L.-Gohlis. 5. Abds. 8¹/₂ Uhr in der „Weintraube“. Geſch., Beitrags.
L.-Lindenau. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. in „Hühners Zaubau“, Lützenſtr. 14.
Liegnitz. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. im Gasth. „Zum Kaiserhof“. Geſch., Verſch.
Löbau. 12. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Alberparken“. Geſch., Beitrags.
Lüdenscheid. 6. Nachm. 5 Uhr, Verf. bei Woz. Geſch., Beitrags, Verſch.
Mannheim. 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. im „Halben Mond“. Geſch., Beitrags.
Metz (Westr.). 6. Nachm. 4 Uhr, Verf. b. Thiel, Klosterſtr. 22. Beitrags, u. a.
Nowawes. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. im „Germania-Zaal“, Wilhelmſtr. 24.
Nürnberg II (Wiltner). 6. Nachm. 3¹/₂ Uhr, Verf. im Gasth. „Zum Kranich“, Karolinenſtr. Geſchäftl., Berichte, Beitrags, u. a.
Pasing. 5. Abds. 8 Uhr, Verf. in d. „Brauerei Pasing“. Geſchäftl., Beitrags, nur in der Verſammlung.
Potsdam. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. b. Bell, Wallenſtr. 61. Beitrags.
Rixdorf. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. Hermannſtr. 100. Geſch., Berichte, Verſch.
Rothenburg a. T. 13. Nachm. 4 Uhr, Verf. (wo? d. Red.) Geſch., Beitrags.
Rudolstadt. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. i. „Restaurant Danz“. Geſch., Beitrags.
Saarbrücken. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. im „Reſt. Hohenzollern“. Beitrags, u. a.
Schönditz. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. in „Reißlers Reſt.“, Bahnhöfſtr. Verſch.
Schmölln. 6. Nachm. 3 Uhr, Verf. in „Reißlers Reſt.“, Bahnhöfſtr. Verſch.
Schötmars. 13. Nachm. 1 Uhr, Verf. im „Odeon“. Geſchäftl., Beitrags.
Schweidnitz. 5. Abds. 8 Uhr, Verf. im Gasth. „Zum blauen Reſt“, Dreslauſtr. Geſch., Verſch. — Beitrags, jeden Sonnabend daſelbſt.
Siegen. 5. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Sturm, Marburgerthor 13. Beitrags.
Spandau. 12. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Sturm, Bahnhöfſtr. 1. Geſch., Beitrags.
Stassfurt. 13. Nachm. 4 Uhr, Verf. b. Kalle, Güstenerſtr. 3. Geſch., Berichte.
Stettin-Gradow. 13. Nachm. 4 Uhr, Verf. b. Müller, Lützenſtr. 18. Verſch.
Striegau. 5. Abds. 8 Uhr, Verf. im Gasth. „zum ſchwarzen Fär“. Beitrags.
Weiskau. 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. b. Jentich, Berichte, Beitrags, u. a.
Weinheim. 13. Nachm. 3 Uhr, Verf. im Gasth. „Zum Oberwald“. Beitrags.
Wittenberg. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. b. Wildgrube, Juristenſtr. Berichte.
Wittenberge. 5. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. b. Jahn, August. u. Mittelſtr. Ede. Geſchäftl., Berichte, Beitrags.
Zabrze. 6. Nachm. 4 Uhr, Verf. in „Eisners Reſtaur.“. Geſch., Verſch., Beitrags, nur in der Verſammlung.
Zweibrücken. 12. Abds. 8¹/₂ Uhr, Verf. in d. „Brauerei Ringer“. Beitrags, u. a.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 25. Januar d. J. verschied nach 14 wöchentlich schwerer Krankheit unser Genosse, der Tischler

Herr Hugo Rödel

im 55. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm einen braven, tüchtigen Genossen, und werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsverein der Tischler Berlin III (Moabit).

Große Gewerksvereins-Versammlung

für Berlin und Umgegend.

Montag, den 7. Februar Abends 8¹/₂ Uhr
im großen Saale der Königsbank,
Gr. Frankfurterstr. 117.

L.-D.: Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist in Gefahr!
Thatsachen und Stellungnahme dagegen.

Referent: Verbands-Anwalt Dr. Max Sirsch.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Genossen dringend erforderlich.

Centralrath der Deutschen Gewerksvereine.

„Die Eiche“
Organ
des Gewerksvereins der deutschen Tischler (Schreiner)
und verwandten Berufsgenossen
Jahrgang 1897

auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden,
ist für Mitglieder, Vereins-Bibliothek, wie Verbandsgenossen
zum Preise von Mk. 2,25 einschl. Porto durch die Expedition
Berlin S.W., Alexandrinenstr. 113 II zu beziehen.